

## Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses und des Generationenbeirates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 11.04.2018, 17.00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

	<u>Seite</u>
1. Benennung einer/ eines fachbereichsübergreifenden Inklusionsbeauftragten (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 28.02.2018)	4 - 5
2. Mitteilungen . / .	5
3. Anfragen . / .	5

## Niederschrift

über die öffentliche gemeinsamen Sitzung des Sozialausschusses und des Generationenbeirates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 11.04.2018, 17:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses - Nr. 1.28

Unter dem Vorsitz der  
Stadtverordneten Siebert, Susanne (Bündnis 90/ DIE GRÜNEN)  
sind anwesend die Stadtverordneten:

Boskamp, Heinz	SPD
Bucksteeg, Friedhelm	CDU
Bungert, Alexander	FDP
Heyrichs, Michael	CDU
Hiob, Georg	CDU
Hütz, Klaus-Werner	B'90/DIE GRÜNEN
Kanders, Angelika	CDU
Maaßen, Manfred	CDU
Merges, Carina	OK
Thon, Sarah	SPD
Teigelkötter, Friedrich	für Grundmann, Tobias
Schroers, Benedict	für Kanders, Josef
Fuchs, Annegret	OK für Karow, Miriam

### Als Vertreter/innen der Seniorinnen/Senioren

Huth, Erika  
Roth, Roswitha

### Jugendlichen

Böving, Robert  
Kamps, Andrea  
Banach, Aila

### Menschen mit Behinderung

Zigan, Paul  
Lipp, van, Liesel  
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

### Sachkundigen Bürger:

Duenbostell, Helga  
Dußling, Jürgen  
Loosen, Iris  
Meinert, Gabriele

für Kauter, Lukas

Nicht anwesend:

Döllekes, Fredi	SPD
Gerritzen, Christa	SPD
Tobisch, Reinhold	
Peerenboom, Johannes	
Pfitzenmaier, Karl	
Kozikowski, Nina	
Kauter, Lukas	
Kanders, Josef	
Karow, Miriam	
Grundmann, Tobias	
Garisch, Siegbert	

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeisterin Northing  
Fachbereichsleiterin Keysers  
Fachbereichsleiter Erps  
Tariflich Angestellter Görtz  
Tariflich Angestellter Kunders (als Schriftführer)

Die Vorsitzende des Sozialausschusses der Stadt Kleve Frau Siebert begrüßt die Anwesenden zur gemeinsamen Sitzung des Generationenbeirates und des Sozialausschusses der Stadt Kleve. Sie stellt fest, dass die Einladungen zur anstehenden Sitzung form- und fristgerecht erfolgt und der gemeinsame Ausschuss beschlussfähig ist.

1. **Benennung einer/ eines fachbereichsübergreifenden Inklusionsbeauftragten**  
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 28.02.2018)

Stadtverordneter Hütz erläutert den vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Er teilt den Anwesenden mit, dass nach Auffassung seiner Fraktion in Kleve ein Inklusionskonzept zwar vorhanden und durch Aktivitäten des Integrationsrates sowie des Generationenbeirates verfolgt werde. Die Verwaltung habe dieses Inklusionskonzept jedoch bislang nicht umgesetzt. Es sei oftmals festzustellen, dass der Begriff der Inklusion erheblich weiter gefächert sei und insoweit einer vielfältigen Anzahl von Aktivitäten bedürfe. Er halte daher die Bestellung eines fachbereichsübergreifenden Inklusionsbeauftragten für notwendig. Darüber hinaus stelle sich für ihn die Frage, ob es nicht zielführender sei, die Aktivitäten des Generationenbeirates und des Integrationsrates zu bündeln bzw. beide politischen Gremien zusammenzulegen.

Den Ausführungen des Stadtverordneten Hütz beipflichtend stellt Stadtverordnete Meyer-Wilmes fest, dass nach Meinung der Fraktion keine neue Stelle im Stellenplan einzurichten sei – vielmehr solle die Besetzung im Rahmen des derzeitigen Stellenvolumens vorgenommen werden. Es sei nach ihrer Meinung unstrittig, dass die Stadt Kleve in der Vergangenheit bereits eine Vielzahl von Aktivitäten mit dem Blick auf das Thema Inklusion insbesondere im Bereich „Straßen“ entwickelt habe, jedoch die Bemühungen noch zu intensivieren seien.

Auf die Ausführungen der Stadtverordneten Meyer-Wilmes eingehend stellt Bürgermeisterin Northing fest, dass ihr die Hintergründe für die Antragstellung nicht einleuchtend seien. Zudem stelle sie jetzt fest, dass die nunmehr vorgetragenen Argumente weit über die Inhalte des schriftlich formulierten Antrages der Fraktion hinausgingen. Hinsichtlich der Begrifflichkeiten sei zunächst darauf hinzuweisen, dass für den Bereich der Integration von Flüchtlingen die Stelle eines/einer Integrationsbeauftragten besetzt sei. Zudem sei aus Sicht der Verwaltung darauf hinzuweisen, dass zusätzliche Leistungen der Inklusion mit den vorhandenen personellen Kapazitäten nicht leistbar seien. Darüber hinaus würde jeder Fachbereich der Stadt Kleve die Belange der Menschen mit Behinderungen jeweils im Fokus haben. Außerdem sei bei der Stadt Kleve eine entsprechende Arbeitsgruppe vorhanden, welche sich mit dem Thema Inklusion befasse.

Stadtverordnete Siebert möchte den Antrag ihrer Fraktion nicht als Vorwurf an die Verwaltung verstanden wissen. Es sei jedoch ihrer Auffassung nach unabdingbar, jederzeit einen entsprechenden Ansprechpartner für interne und auch externe Aktivitäten zu bieten.

Den Ausführungen beipflichtend stellt auch Stadtverordnete Meyer-Wilmes fest, dass die Stadt Kleve mancherlei Aktivitäten entwickelt habe. Die Verwaltung solle keinesfalls kritisiert werden. Die Erfahrung zeige jedoch, dass bestimmte Prozesse besser in Gang gesetzt würden, wenn diese zielgerichtet von einer bestimmten Person bearbeitet würden.

Bürgermeisterin Northing stellt die Frage, wie das Betätigungsfeld eines etwaigen Inklusionsbeauftragten zu definieren sei. Sie halte die Notwendigkeit der Bestellung eines Inklusionsbeauftragten für nicht gegeben. Für alle denkbaren Belange seien im Bereich

der Verwaltung Ansprechpartner vorhanden.

Stadtverordneter Hiob stellt fest, dass nach Auffassung seiner Fraktion der Antrag abzulehnen sei, da die anfallenden Aufgaben innerhalb der Fachbereiche adäquat wahrgenommen werden können. Er vermisse zudem beim gestellten Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN eine klare Konzeption.

Stadtverordneter Bungert stellt für seine Fraktion fest, dass sowohl vorgesehener Stellenumfang als auch Kostenplanung dem Antrag nicht zu entnehmen seien. Er mache insoweit noch einen erheblichen Klärungsbedarf geltend. Zumindest zum jetzigen Zeitpunkt sei der gemeinsame Ausschuss nicht der richtige Ort, um eine Klärung herbei zu führen.

Stadtverordnete Fuchs räumt ein, dass ein etwaiges Stellenprofil noch nicht bekannt sei. Gleichwohl sei der Antrag sinnvoll, auch wenn ihm gewisse Inhalte nicht zu entnehmen seien.

Hierauf eingehend stellt Stadtverordnete Meyer-Wilmes fest, dass der Antrag seitens ihrer Fraktion offen formuliert worden sei, um der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, diesen Raum adäquat zu füllen. Selbstverständlich sei ihre Fraktion in der Lage eine andere Formulierung zu wählen bzw. den vorliegenden Antrag zu konkretisieren.

Zum Abschluss der Sitzung erklärt Stadtverordnete Siebert, dass der Antrag seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zurückgezogen werde.

## 2. **Mitteilungen**

./.

## 3. **Anfragen**

./.

Ende der Sitzung: 17.30 Uhr

(Siebert)  
Vorsitzende

(Kunders)  
Schriftführer